



An die regionalen Medien

Büren an der Aare, 11. September 2006

Bericht über das 9. Bürener Stedtli-Gspräch vom 7. September 2006

**SP Sektion Büren an der Aare**

**Nein zu Willkür und zu unwirksamen Massnahmen**

**Im Rahmen der Diskussionsrunde „Bürener Stedtli-Gspräch“ war Ständerätin Simonetta Sommaruga bei der SP Büren an der Aare zu Gast und referierte über die Abstimmungsvorlagen vom 24. September 2006. Das neue Gesetz mache unser Asylsystem weder effizienter noch gerechter, ist Sommaruga überzeugt - es wird bloss anfälliger für Willkür. Vielmehr müssten die Probleme durch Engagement auf internationaler Ebene und durch eine aktivere Entwicklungszusammenarbeit in den Herkunftsländern angegangen werden. Wer an ehrlichen Lösungen interessiert sei, sagt deshalb am 24. September Nein. Daneben blieb am Bürener Stedtli Gspräch genügend Zeit, mit dem prominenten Gast auch andere Themen aus der Bundespolitik und aus dem Alltag zu diskutieren.**

Am Beispiel der Asylgesetzrevision erklärte Ständerätin Simonetta Sommaruga den komplizierten Gesetzgebungsprozess auf Bundesebene. Sie verhehlte dabei ihre Enttäuschung über das arrogante Vorgehen des zuständigen Bundesrates Blocher nicht, der mitten in der parlamentarischen Beratung die Vorlage ohne Begründung wesentlich verschärfte und dabei von den bürgerlichen Standesherrn vorbehaltlos unterstützt wurde. Solche Manöver seien einem Rechtsstaat unwürdig und würden die Glaubwürdigkeit der Politik weiter untergraben.

Mit dieser Asylgesetzgebung würden die Rechte der Schwachen einmal mehr weiter geschwächt. Die traditionell humanitäre Schweiz werde bei einer Annahme der Vorlage zu einem asylpolitischen Entwicklungsland. Sommaruga ist deshalb froh, dass das Schweizer Volk seinerzeit dem Dubliner Abkommen zugestimmt hat. So ist die Schweiz verpflichtet, im Asylwesen kein Extrazug zu fahren, sondern mit der internationalen Staatengemeinschaft zusammenzuarbeiten.

Die untauglichen Massnahmen im neuen Asylgesetz würden über kurz oder lang negative und teure Folgen haben. Insbesondere die Verdoppelung der Haftdauer auf zwei Jahre für abgewiesene Asylbewerber sei nicht nur zu teuer, sondern auch unzweckmässig, denn, je länger die Haft dauert, desto unwahrscheinlicher wird die Rückführung. Ein Tag Haft kostet pro Person und Tag je nach Kanton bis zu 350 Franken. Eine Viertelmillion Franken pro Person für eine höchst wahrscheinlich nicht durchführbare Wegweisung? Das ist unverhältnismässig, meint Sommaruga, zumal neu auch Kinder und Jugendliche in Beugehaft genommen werden können.

Bei der Beratung der AHV-Initiative, welche die Gewinne der Nationalbank mit Ausnahmen von einer Milliarde Franken zugunsten der Kantone der AHV zukommen lassen will, entbrannte eine Diskussion. Längst nicht alle SP-Mitglieder können sich offenbar mit Herzblut mit der Initiative aus den eigenen Reihen anfreunden.

*Die nächsten Veranstaltungen im Rahmen „Bürener Stedtli-Gspräch“:*

*9. November 2006 mit Nationalrätin Ursula Wyss*

*22. Februar 2007 mit Regierungsrätin Barbara Egger*

*31. Mai 2007 mit Regierungsrat Philippe Perrenoud*